

der ländlichen Massensekte, Wu Yangming, war damals zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Ihm wurden in einem dubiosen Verfahren mehrere Vergewaltigungs- und Betrugsdelikte vorgeworfen (siehe C.a. 1995/12, S.1093-1094).

Ein Gefolgsmann Wu Yangmings hat in den vergangenen Jahren jedoch die Lehren des unterdrückten chiliastischen Kultes, der einen Wechsel der Herrschaftsordnung im Jahre 2000 prophezeit, in ländlichen Gebieten der Provinzen Hunan, Jiangxi, Guangxi und Yunnan weiterverbreitet. Nach einer Meldung der *Nanguo zaobao* (Guangxi, zit.n. SCMP, 1.12.1998) hat Liu Jianguo bis zu zehntausend Anhänger für die nun „Gottgeist“ (*zhushen*)-Sekte genannte Bewegung gewinnen können.

Liu Jianguo wird voraussichtlich das gleiche Schicksal erleiden wie Wu Yangming. Liu wurde zusammen mit zwanzig seiner engsten Gefolgsleute bereits im Juni in Hunan verhaftet. Er ist angeklagt, Gemeinde der staatlich kontrollierten „Patriotischen Kirche“ unterwandert zu haben. Darüber hinaus wird ihm in auffälliger Analogie zum Verfahren gegen Wu Yangming zur Last gelegt, mehrere Frauen aus seiner Gefolgschaft vergewaltigt und illegal große Spendensummen erpreßt zu haben.

Gegenüber den offiziellen Vorwürfen ist wie schon im Falle Wu Yangmings Vorsicht angebracht, da sie womöglich der Diskreditierung religiöser Führer in der Bevölkerung dienen sollen. Messianische Gestalten und chiliastische Religionsbewegungen treffen in der ländlichen Gesellschaft aufgrund zunehmender sozialer Verwerfungen und wegen der Nähe des Jahres 2000 auf großen Widerhall. Diese Entwicklung bereitet der Regierung immer wieder Schwierigkeiten (siehe auch C.a. 1994/5, S.476-482, 1995/3, S.182-183).

Die religiöse Unterdrückung traf im Oktober und November auch verstärkt die protestantischen Hauskirchen in mehreren Provinzen: 70 Prediger der „illegalen“ Hauskirchen-Bewegung, an deren Versammlungen in Privatwohnungen oder unter freiem Himmel landesweit schätzungsweise mehrere Millionen Gläubige regelmäßig teilnehmen, sollen nach Angaben der Menschenrechtsinitiative „Human Rights in China“ (Press Release No.79, November 24, 1998) derzeit in Haft sitzen.

Die Sicherheitsbehörden in der Provinz Henan, die schon häufiger wegen ihres besonders gewaltsamen Vorgehens gegen Christen aufgefallen sind, nutzten ein inoffizielles Treffen führender Köpfe der Hauskirchen-Bewegung Ende Oktober zu einer umfassenden Verhaftungsaktion. Ein Kirchenführer, Li Qingrui, wurde bei dieser Aktion angeschossen. Eine andere Protagonistin der Bewegung, Cheng Meiyang, wurde von Polizisten in der Untersuchungshaft offenbar so schwer geschlagen, daß sie bleibende Hirnschädigungen davongetragen hat. Folterungen und die Erpressung von exorbitanten Bußgeldern sind nach Angaben der Menschenrechtsgruppe gängige Praktiken der Sicherheitsbehörden im Umgang mit Angehörigen der Hauskirchen. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

10 Biowissenschaften

An der Universität Tianjin wurde kürzlich ein neues Zentrum für Biowissenschaften und Biotechnologie gegründet. Das neue Institut besteht aus drei Forschungszentren, einem für Biomedizin, einem für Biotechnologie und einem für Biologische Information. Präsident des Instituts wurde Zhang Chunting, Akademiemitglied der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Zum Akademischen Rat des Instituts zählen acht Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Ingenieurwissenschaften. Die Universität Tianjin hat sich auf dem Gebiet der Biowissenschaften und Biotechnologie einen Namen gemacht, und ihre Forschung auf dem Gebiet der Biologischen Information soll zu den fortgeschrittensten in der Welt gehören. In das neue Forschungszentrum wurden 10 Millionen Yuan investiert. (XNA, 9.11.98)

Die als Zukunftswissenschaft gelten den Biowissenschaften werden in China mit großem Nachdruck entwickelt, erhofft sich das Land doch gerade auf diesem Gebiet eine Entwicklung, die es im nächsten Jahrhundert zu einer der führenden Wissenschaftsnationen

aufsteigen läßt. So beteiligt sich China beispielsweise intensiv an der Entschlüsselung der menschlichen Genetik. In China sind 30 Laboratorien damit beschäftigt, die menschlichen Genome zu entziffern. Weltweit hofft die Wissenschaft, bis zum Jahre 2005 alle der 100.000 menschlichen Genome zu entdecken. (XNA, 10.11.98)

Bei aller weltweiten wissenschaftlichen Kooperation legt der chinesische Staat jedoch größten Wert darauf, seine eigenen biologischen Ressourcen zu schützen und nicht ohne weiteres zur Verfügung zu stellen. Erst jüngst hat ein an der Schule für geistiges Eigentum der Beijing-Universität für Biologie zuständiger Wissenschaftler gefordert, die Rolle der Eigentumsrechte hinsichtlich genetischer, biochemischer und anderer biologischer Ressourcen zu überprüfen. Dies sei insbesondere angesichts der Konvention über biologische Artenvielfalt erforderlich. Zu den biologischen Ressourcen, so der Wissenschaftler, die mit der genetischen Vielfalt von Pflanzen, Tieren und Mikroben zusammenhängen, zähle eine Unmenge von Chemikalien, die in Pharmazeutika, Kosmetika, Nahrungsmitteln usw. Verwendung fänden. Genetische Ressourcen würden allgemein als gemeinsames Erbe betrachtet, doch die Länder, die diese Ressourcen zur Verfügung stellen und bewahren, erhielten normalerweise von den Nutznießern anderer Länder keinen unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteil. Generell arbeiteten Wissenschaftler, deren Erfindungen den Schutz geistigen Eigentums genießen, in den entwickelten Ländern, während die Entwicklungsländer üblicherweise die biologischen Ressourcen stellten, aber nicht teilhätten an fortgeschrittener Forschung, die zu geschützten Erfindungen führe. Die Konvention über biologische Artenvielfalt zeige, daß der Schutz geistigen Eigentums indirekt wirtschaftliche Anreize für Bewahrung schaffen könne. Die Menschen müßten den nachhaltigen Gebrauch der biologischen Artenvielfalt erreichen, wie er in der Konvention gefordert werde. (XNA, 10.11.98)

Die Frage der Eigentumsrechte an Genen wird derzeit nicht nur in China diskutiert; in mehreren Ländern und Volksgruppen ist das Problem thematisiert worden, nicht zuletzt unter dem Aspekt der „Biopiraterie“. Auch die UNESCO hat sich des Themas angenommen und eine Deklaration

tion über „das menschliche Genom und die menschlichen Rechte“ verabschiedet, ohne allerdings das Problem des genetischen Copyrights zu lösen (vgl. dazu *DIE ZEIT*, 26.11.98). China hat bereits einen ersten Schritt unternommen, seine besonderen biologischen Ressourcen eigentumsrechtlich zu schützen: Im September wurden Bestimmungen erlassen, die die Ausfuhr menschlichen Genom-Materials aus dem Lande beschränken. Danach können menschliche Organe, Gewebe, Zellen, Blut und ähnliche Materialien nicht ohne Sondergenehmigung durch das Ministerium für Wissenschaft und Technologie aus China hinausgenommen werden (ebd.). -st-

11 Ursprünge des Menschen in China?

Seit Jahren arbeiten chinesische Archäologen und Paläontologen an dem Problem der Ursprünge des Menschen. Gemeinhin zweifeln chinesische Wissenschaftler die heute gängige Hypothese an, die ersten Menschen seien in Ostafrika entstanden. Sie vertreten statt dessen durchweg die Theorie der multiplen Entstehung des Menschen. Gegenwärtig arbeiten in China mehrere archäologische Teams in Südwest- und Mittelchina mit dem Ziel, das fehlende Glied in der Evolutionskette vom Affen zum Menschen zu finden. Gegraben wird vor allem in einem Gebiet östlich des Qinghai-Tibet-Plateaus, in Yunnan, Chongqing, Hubei und Anhui, wo eine förmliche Jagd nach 2-4 Millionen Jahre alten menschlichen Fossilien und Artefakten aus Stein vor sich geht. Bislang freilich gibt es keine hinreichenden Beweise für die These, daß eine der Wiegen des ersten Menschen in China liege.

Bisher haben chinesische Archäologen lediglich eine Menge anthropoider Affenfossilien entdeckt, die 4-8 Millionen Jahre alt sein sollen und in Yuanmou und Lufeng in Yunnan gefunden wurden. In Yuanmou wurden auch menschliche Überreste ausgegraben, deren Alter auf mindestens 1,6 Millionen Jahre datiert wird (XNA, 6.11.98; vgl. auch C.a., 1990/2, Ü 25). Es geht also um das fehlende Kettenglied zwischen diesen beiden Funden. Chinesische Wissenschaftler sind optimistisch, menschliche Fossilien aus der dazwischenliegenden Periode zu finden, denn grundsätzlich – so ihre These – sei eine für Affen günstige Um-

gebung auch für die Entstehung des Menschen geeignet. Gegenwärtig konzentriert man sich auf eine Fossilienfundstätte nahe dem Kreis Wushan in Chongqing nordöstlich von Yunnan, wo ein Menschenzahn und Steinartefakten in der Zwei-Millionen-Jahre-Schicht gefunden wurden. Eine weitere wichtige Fundstätte liegt in Fanchang in der Provinz Anhui, wo Archäologen eine große Anzahl von Steinartefakten und Primatenfossilien entdeckt haben, die angeblich 2,4 Millionen Jahre alt sein sollen. (XNA, 6. u. 8.11.98)

Im Jahre 1990 waren chinesische Archäologen mit der Nachricht vor die Öffentlichkeit getreten, der Yuanmou-Mensch sei nicht 1,7 Millionen, sondern 3 Millionen Jahre alt; zugleich wurde er als *homo orientalis* bezeichnet und damit suggeriert, man habe den frühesten Menschen in Asien gefunden (vgl. C.a., 1990/2, Ü 25). Offensichtlich wurde diesem voreiligen Vorstoß die Anerkennung der internationalen Fachwelt verweigert, denn inzwischen ist nicht mehr davon die Rede, daß man menschliche Überreste gefunden habe, deren Alter auf 3 Millionen Jahre datiert werden kann. Die Bemühungen der chinesischen Wissenschaftler machen jedoch deutlich, wie sehr ihnen – und dem Staat – daran gelegen ist, den lückenlosen Nachweis zu erbringen, daß China wenn nicht *die* Wiege, so doch wenigstens eine Wiege der Menschheit ist. Dies verlangt das chinesische Selbstwertgefühl.

In welchem Maße die Wissenschaft in China dem Ethnozentrismus der Chinesen dient, läßt sich gerade an Ergebnissen der archäologischen Forschung Chinas immer wieder ablesen. Paläontologische und archäologische Funde werden zwar nicht *expressis verbis*, aber unterschwellig so interpretiert, als ob China seit den Anfängen der Menschheit schon immer China war. Diese Sicht fügt sich in den Anspruch, die älteste durchgehende Zivilisation der Welt zu sein. Neue Nahrung erhält dieser Anspruch vor allem durch das staatlicherseits geförderte Projekt der Erforschung der Vor- und Frühgeschichte Chinas. Im Rahmen dieses Projekts geht es in erster Linie um die Periodisierung der drei frühen Zeitalter, nämlich der bislang weitgehend als mythisch betrachteten Xia-Dynastie sowie der beiden folgenden Dynastien Yin/Shang und Zhou (vgl. dazu C.a., 1996/5, Ü 17). Um die Herkunft der vor gut 3000 Jahren lebenden Yin zu erforschen,

werden die Überreste von Yin-Menschen jetzt erstmalig gentechnisch untersucht. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit japanischen Wissenschaftlern am Institut für Genetik der Chinesischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt. Überreste der Yin/Shang-Dynastie wurden erstmals 1928 in Anyang, Provinz Henan, entdeckt. (XNA, 5. u. 20.11.98) -st-

12 Enzyklopädie der chinesischen Kultur

Im November 1998 ist eine „Enzyklopädie der chinesischen Kultur“ (*Zhonghua wenhua tongzhi*) erschienen. Diese Enzyklopädie ist nicht nur von wissenschaftlicher, sondern auch von eminent politischer Bedeutung. Jiang Zemin persönlich ließ es sich nicht nehmen, das Erscheinen des Werkes in einer Zeremonie in der Großen Halle des Volkes zu begrüßen und neben anderen Beteiligten den verantwortlichen Herausgeber Xiao Ke, der zugleich Präsident der „Studiengesellschaft der chinesischen Kultur“ (*Zhonghua Yan Huang wenhua yanjiuhui*) ist, zu empfangen (vgl. RMRB, GMRB, 10.11.98, jeweils S.1). Wie Jiang Zemin betonte, ist das Werk „ein kostbares Ergebnis der Erforschung der überlieferten fünftausendjährigen chinesischen Kultur durch die Nachwelt“. Die uralte chinesische Kultur sei nicht nur ein enormes Schatzhaus der chinesischen Nation (*Zhonghua minzu*), sondern auch ein wertvoller Reichtum der menschlichen Gesellschaft. Durch Jiang Zemins Absegnung erhält die Enzyklopädie gleichsam den Charakter eines authentischen und nicht anfechtbaren Belegs für die fünftausendjährige durchgehende chinesische Kultur. Kritischen Fragen, z.B. inwieweit es erlaubt ist, die Stammeskulturen aus der Zeit vor 5000-3000 Jahren bereits als chinesisch zu bezeichnen oder die räumliche Ausdehnung des heutigen China auf die Anfänge der chinesischen Geschichte zu projizieren usw., wird somit gleich eine Absage erteilt. Die offensichtliche kulturpolitische Botschaft lautet denn auch: China ist die älteste ununterbrochen existierende Zivilisation der Welt. Selbstverständlich arbeitet auch dieses Werk mit dem Prinzip der Inklusion: Die Kultur aller 56 Nationalitäten wird ohne Umschweife mitbehandelt.

Das Werk wird als erste systematische und vollständige Kulturenzyklo-

pädie der chinesischen Geschichte hingestellt. Es besteht aus einem Einleitungsband und einhundert weiteren Bänden (Monographien). Der Stoff ist in zehn Abteilungen (*dian*) untergliedert: kultureller Entwicklungsprozeß nach Dynastien, regionale Kulturen, Kulturen der Nationalitäten, Kultur der (staatlichen) Ordnung, Bildung und Ritus, Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und Technik, Kunst und Literatur, Religion und Brauchtum, kultureller Austausch zwischen China und dem Ausland. Insgesamt wurde acht Jahre an dem Werk gearbeitet (zum Entstehungsprozeß s. GMRB, 10.11.98, S.1). Erschienen ist es im Shanghai Volksverlag. Bemerkenswert ist, daß der Hauptherausgeber Xiao Ke (Jahrgang 1909) ein ehemaliger General ist, der seit 1927 KPCh-Mitglied ist, in den kommunistischen Stützpunktgebieten und im Krieg gegen Japan eine große Rolle spielte und auch nach 1949 mehrere hohe militärische und politische Ämter bekleidete. Im Militär soll er „der konfuzianische General“ genannt worden sein (ebd.). Mit ihm war die Verbindung zum kulturkonservativen Establishment der VR China hergestellt. Insgesamt ist das Werk – ungeachtet seiner wissenschaftlichen Qualität – als Ausdruck des chinesischen Kulturchauvinismus zu bewerten. -st-

13 Kritik an Chinas Urbanisierungsmodell

Die Kommunistische Partei hat kürzlich ihre Politik bekräftigt, die Zahl der Großstädte niedrig zu halten und die Mehrzahl der 160 Millionen überschüssigen Arbeitskräfte vom Lande in kleineren Städten von weniger als 200.000 Einwohnern leben zu lassen, anstatt sie in Großstädten anzusiedeln. Erst jüngst hat Jiang Zemin bestätigt, daß die Politik, kleinere Städte zu bauen und kleinstädtische Industrien zu entwickeln, den nationalen Bedingungen Chinas entspreche. Dies sei daher eine langfristige Politik und Leitlinie. Auf seiner Plenartagung im Oktober hat das ZK einige Neuerungen in der Landwirtschaftspolitik beschlossen. Dazu zählen u.a. eine Lockerung des städtischen Registrierungssystems und die Ansiedlung überschüssiger ländlicher Arbeitskräfte in Kleinstädten. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß zu viele ländliche Bewohner in die Großstädte wandern, wo die Registrierung immer noch ziemlich streng gehandhabt wird.

Im Unterschied zu anderen Ländern, wo 50-80 Prozent der Bevölkerung in Großstädten leben, will China den Anteil der Bevölkerung, die in Großstädten von über einer halben Million Einwohnern lebt, auf etwa 17 Prozent begrenzen. In China gibt es trotz einer Bevölkerung von 1,2 Milliarden Menschen nur elf Großstädte mit einer Einwohnerzahl von über 2 Millionen. Hingegen verfügt es über 400 Städte mit weniger als 200.000 Einwohnern.

Die überwiegende Mehrzahl von Siedlungen oberhalb der Dorf- und Gemeindeebene stellen jedoch Kleinstädte (*zhen*) dar, von denen es 50.000 gibt. In ihnen leben rund 150 Millionen Menschen. Vor 1984 waren diese Kleinstädte lediglich Verwaltungszentren der Volkskommunen, heute sind sie Hauptanlaufstelle überschüssiger Arbeitskräfte aus den Dörfern. Durch die jüngsten Neuregelungen ist es deren Ehepartnern, Kindern und sonstigen Angehörigen nunmehr gestattet, sich in den Kleinstädten niederzulassen. Das Wohnrecht in diesen Kleinstädten beinhaltet allerdings nicht die Vorteile, die das Stadtleben mit sich bringt, wie z.B. Getreidecoupons, Schulgeldfreiheit oder subventionierte Heizung, Elektrizität und Beförderung.

Neuerdings wird die Politik der Förderung von Kleinstädten und der Begrenzung von Großstädten nicht mehr kritiklos hingenommen. Kritiker dieser Politik führen vor allem die Vergeudung wertvollen Ackerlandes an, die eine Folge des extensiven Baus von Kleinstädten sei. Der Umweltschützer He Bochuan hat berechnet, daß die Entwicklung neuer Kleinstädte nach dem gegenwärtigen Muster elfmal mehr landwirtschaftliche Nutzflächen verschlinge als wenn man den überschüssigen Arbeitskräften auf dem Lande einfach erlaubte, in die vorhandenen Großstädte zu ziehen. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Staatlichen Planungskommission, Wang Jian, machte gar den Vorschlag, neun Megastädte zur Absorbierung der ländlichen Bevölkerung zu gründen, um auf diese Weise die Investitionskosten und den Landverlust zu begrenzen. Durch den Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Flächen sei es schwierig, sowohl die Industrialisierung voranzutreiben als auch die Bevölkerung zu ernähren.

Diese Stimmen bleiben nicht ohne Resonanz. Ministerpräsident Zhu reagierte mit einer unbefristeten Ver-

längerung eines einjährigen Verbots, unautorisiert auf landwirtschaftlichen Nutzflächen zu bauen. Außerdem wurde ein strenges Landnutzungsgesetz erlassen, das im Januar 1999 in Kraft tritt und verhindern soll, daß in China pro Jahr eine halbe Million Hektar Land durch Urbanisierung verloren geht. Präsident Jiang unterbreitete den Vorschlag, Land durch Zusammenlegung benachbarter Dörfer zu sparen. Die Provinz Jiangsu hat daraufhin angekündigt, ihre 280.000 Dörfer zu etwa 50.000 größeren Dörfern zusammenzufassen und dadurch 200.000 Hektar einzusparen. (Vgl. SCMP, Internet Ed., 9.11.98)

Angesichts der akuten Landknappheit und der damit verbundenen Probleme für die Getreideversorgung der chinesischen Bevölkerung muß die Regierung handeln. Ob das neue Landnutzungsgesetz seine Wirkung tut, wird sich zeigen müssen, desgleichen, ob die gemachten Vorschläge zur Einsparung von Ackerland praktikabel sind. Zur Zeit sieht es nicht danach aus, als seien die Großstädte gewillt, in noch größerem Maße als bisher überschüssige ländliche Arbeitskräfte zu absorbieren. Ganz im Gegenteil versuchen Städte wie Beijing und Shanghai die Kontrolle über die Migranten auf ihrem Gebiet zu verschärfen und illegale Einwanderer zu vertreiben. -st-

Außenwirtschaft

14 US- Unternehmen: „Geschäftsklima in China hat sich verschlechtert“

Nach Einschätzung von Robert Kapp, Vorsitzender des US-China Business Council, sind die US-amerikanischen Unternehmen mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in China sehr unzufrieden. Obwohl die zwischenstaatlichen Beziehungen so entspannt wie nie zuvor waren, scheinen Kapp zufolge die Geschäftsbeziehungen an Bedeutung zu verlieren. Als Begründung hierfür weist Kapp auf eine Reihe von Ursachen hin, zu denen sowohl interne Entwicklungen in China und den USA als auch globale Einflüsse zählen. Kapp nennt u.a. folgende Entwicklungen, die das Geschäftsklima für amerikanische Unternehmen in China verschlechtern: